



## Protest gegen niedersächsische Sparpläne

16. Sept. 2004

### Demonstration von ver.di, GdP und GEW: mehr Teilnehmer als erwartet

Mehr als 5000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus ganz Niedersachsen haben am Mittwoch, 15. September 2004, mit einem Sternmarsch zum Landtag in Hannover gegen die Sparpolitik der Landesregierung protestiert

#### Sie waren mit über 60 Bussen aus ganz Niedersachsen angereist

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten forderten bei der Abschlusskundgebung vor dem Landtag die Rücknahme der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, der Arbeitszeitverlängerung sowie den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.



An der Demonstration nahmen Polizisten, Feuerwehrmänner, Krankenpfleger, Erzieherinnen und Angehörige anderer Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes teil, so auch die Beschäftigten der Hafenämter, Gewerbeaufsichtsämter, Versorgungsämter, Bezirksregierungen, Straßenmeistereien, Katasterämter, Universitäten, aber auch viele aus dem Bereich der Kirchen.

#### „Jetzt reicht's!“

Unter diesem Motto warf ver.di-Landeschef Wolfgang Denia Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) mehrfachen Wahlbetrug vor.

Als Beispiele nannte Denia unter anderem die Streichung des Urlaubs- und die Halbierung des Weihnachtsgeldes. Er fügte hinzu: „Dieses Tempo des Wahlbetrugs ist wirklich reif für das Guinnessbuch der Rekorde.“

#### Auf den von den Demonstranten erstellten Plakate war ihr voller Unmut zu lesen:

«Öffentlicher Dienst wegen Armut geschlossen. Heute wir, morgen Ihr», «Herr Wulff, wir sichern Ihre Sicherheit, sichern Sie unsere Einkommen», «Wir halten den Arsch nicht hin, damit er getreten werden kann» und «Die Behauptung, 'längere Arbeitszeit und Lohnverzicht schaffen neue Arbeitsplätze' ist C-dumm und FD-plump wie 'Sklaverei brächte Vollbeschäftigung'», «Privatisierung von Hafenämtern nicht ohne Tarifvertrag».

Wolfgang Denia (ver.di Landesleiter), Eberhard Brandt (GEW Landesvorsitzender) und Bernhard Witthaut (GdP Landesvorsitzender) wandten sich in ihren Reden gegen die Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich und den geplanten Abbau von über 7.000 Stellen im öffentlichen Dienst. Statt dessen, so Denia, solle die Landesregierung in Tarifverhandlungen zur Sicherung der Beschäftigung eintreten.



### **Finanzminister Möllring und einige Landtagsabgeordnete weilten unter den Demonstranten**

Ein Rederecht bekam der Finanzminister allerdings nicht, da die Demonstranten keine weitere Versprechungen und gleichzeitige Wortbrüche mehr hören wollten.

**Sein Kommentar beim NDR 1 war:  
Von den Protesten sei er nur bedingt beeindruckt: "Wir hatten schon größere Demonstrationen."**

**Wenn das die Meinung von Finanzminister Möllring ist, dann werden wir ihm zeigen, dass ver.di, GEW und GdP noch einen Zahn zulegen können.**

**Wir kommen wieder...**